

Täglich sterben 750 Menschen an Aids

Hilfsorganisation „Hope“ leistet in Kenia Aufklärungsarbeit und unterstützt Betroffene

Seit zweieinhalb Wochen hält sich OP-Redakteurin Nadine Weigel in Kenia auf, wo sie sich mit dem Schicksal von Aidspatienten beschäftigt und sich über das Waisenhausprojekt des Kirchhainer Ehepaars Müller informiert.

von Nadine Weigel

Kashani. Der kleine Piekts retete wahrscheinlich ihr Leben. Doch jetzt hat sie Angst. Die kleine Samua versteckt sich ganz hinten in der Ecke des Zimmers. Es ist dunkel in dem Raum, in dem nur zwei Betten stehen. Die Fenster sind mit bunten Tüchern verhangen, die das gleißende Sonnenlicht abhalten. „Sie hat Angst, dass ich sie wieder mit der Nadel steche“, sagt Linet Aluma, lacht und marschiert schnurschtracks ins Zimmer hinein.

Linet Aluma hat Aids den Kampf angesagt. Die 34-Jährige arbeitet freiwillig bei „Hope“. Die internationale Hilfsorganisation leistet Aufklärungsarbeit und Beratung für Betroffene. Und das sind nicht wenige. Schätzungen zufolge sterben in Kenia jeden Tag 750 Menschen an Aids. Zwischen 6 und 7 Prozent der Bevölkerung sind HIV-positiv.

Der heterosexuelle Geschlechtsverkehr ist der weitaus



Die Kenianerin Tina und ihre Tochter Samua sind HIV-positiv. Was die Therapie angeht, sind sie auf die Unterstützung von Staat und Sponsoren angewiesen.

Foto: Nadine Weigel

häufigste Übertragungsweg der HIV-Infektionen. Mehr als zwei Millionen Menschen tragen in dem ostafrikanischen Staat das Virus in sich. In den vergangenen Jahren ist die Rate fast stabil geblieben – auch dank der verbesserten Aufklärungsarbeit.

Wir sind mit Linet bei der zweijährigen Samua und ihrer Mutter Tina zu Besuch. Beide sind HIV-positiv. „Sie hat die Diagnose vor gut einem Jahr bekommen“, erklärt Linet Aluma und Tina nickt zustimmend.

Die 28-Jährige sitzt in ihrem Zimmer auf dem Boden und hält ihre Tochter im Arm, die Aluma immer noch skeptisch anschaut. Die Diagnose HIV-positiv wäre vor einigen Jahren noch ein Todesurteil für Mutter und Kind gewesen. Heute stehen die Überlebenschancen etwas besser. Denn Kenia bietet seit 2006 die antiretrovirale

Behandlung für HIV-Patienten kostenlos an. Auch Tina nimmt Medikamente. Sie steht auf und holt aus einer Ecke ein blaues Tuch, breitet es auf dem Boden aus. Jede Menge Tabletten, Pillen und Fläschchen mit Saft befinden sich darin. Doch der Eindruck täuscht. „Während bei uns in Deutschland zur dauerhaften Behandlung der Erkrankung bereits mehr als 20 antiretrovirale Substanzen zur Verfügung stehen, werden in Kenia lediglich eine geringe Zahl an Medikamenten verwendet“, erklärt mir meine Freundin, die Ärztin Vera Fleig. Dies bedeutet, dass weniger auf Nebenwirkungen wie beispielsweise Übelkeit, Durchfall oder Resistenzen reagiert werden kann.

Während die Regierung die Kosten für die Behandlung übernimmt, werden die Medikamente von Sponsoren zur

Verfügung gestellt. Aber oft sind es zu wenige Sponsoren und häufig mangelt es an der erforderlichen, regelmäßigen medizinischen Versorgung. „Aber dabei gibt es noch ein weiteres Problem“, bemerkt Linet Aluma und berichtet, dass die Kosten für die Behandlung von HIV-assoziierten Erkrankungen wie zum Beispiel die häufig auftretenden Lungenentzündungen oder Pilzinfektionen von den Patienten selbst getragen werden müssen. Für Menschen wie Tina sind diese Medikamente jedoch unbezahlbar. Lediglich für Kinder bis zum fünften Lebensjahr werden die Kosten erstattet. Tina hustet. Sie hat Tuberkulose. Die bei uns früher als Schwindsucht bekannte Krankheit tritt sehr häufig in Kombination mit HIV auf.

„Wir testen täglich um die 60 Menschen, im Schnitt sind 5 bis

6 von ihnen HIV-positiv“, berichtet Linet Aluma. Die Hilfsorganisation schlägt ihr Zelt jeweils für eine Woche vor Krankenhäusern, am Strand oder an Schulen auf.

Aluma und ihr Team führen HIV-Schnelltests durch. Mit einem kleinen Piekts am Finger entnimmt sie Blut. Nach 15 Minuten ist ein Ergebnis da. Linet Aluma ist sich der Unsicherheit dieses Schnelltests bewusst. Denn der bietet zwar eine große Sensitivität, ist jedoch nur gering spezifisch. Das bedeutet, dass zum Beispiel im Falle einer Hepatitis B-Infektion der Test ebenfalls positiv ausfallen kann. Fällt ein Schnelltest positiv aus, wird der Patient für weitere Untersuchungen und Bestätigungstests ins Krankenhaus überwiesen.

In Deutschland werden aufgrund solcher Unsicherheiten keine Schnelltests eingesetzt, sondern ein viel genaueres und sicheres Verfahren. Dies wäre jedoch in Kenia viel zu teuer. „Nur bei Kindern wird zur Diagnosestellung und zur Therapieüberwachung ein Virusdirektnachweis gemacht und von der Regierung bezahlt“, sagt die auf dem Bett sitzende Linet Aluma und rückt etwas zur Seite. Denn mittlerweile sind Tinas Schwestern, Nichten und viele andere Kinder in dem Raum versammelt.

Alle wissen, dass Tina und ihr Kind HIV-positiv sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit. „Die Krankheit wird in weiten Teilen der Bevölkerung totgeschwiegen. Wir kämpfen gegen ein großes Stigma an“, betont die Helferin und erzählt, dass viele Betroffene auch heute noch ausgegrenzt werden. Deshalb freut sich Linet Aluma über den kleinen Erfolg in dieser Familie. Sie streicht der kleinen Samua vorsichtig über den Kopf. Und das Mädchen ist schon nicht mehr ganz so verängstigt.

Mehr dazu gibt es im Internet unter www.op-marburg.de/kenia



Mir schwätze Platt
[mie ʃvætʂə 'plat]

Klappschale und Knäbbeleibche

von Gabriele Neumann

Marburg. Kinder sahen früher nicht wie kleine Erwachsene in Markenkleidung aus. Sie hatten zweckmäßige und oft auch eigens für Kinderbedürfnisse gefertigte Kleidungsstücke an, die spezielle Namen hatten. Darum geht es heute in der Serie „Mir schwätze Platt“.

Wer noch alte Puppen hat und die dazugehörige Garderobe, der mag sich ein Bild davon machen, wie Kinder bis in die 50er Jahre hinein gekleidet waren. Da wurde viel gewickelt, geknöpft und gezurrt, damit die selbstgemachten Kleidungsstücke an ihrem vorbestimmten Ort blieben. Denn Kinder waren schon immer von großem Bewegungsdrang. Gleichzeitig mussten aber auch die Bedürfnisse der Eltern nach schneller und ebenso zweckmäßiger Handhabung der Kinderkleidung erfüllt werden konnten.

Die Frauenhilfe Münchhausen entsann sich des „Knäbbeleibchens“. Das war ein Leibchen, das an beiden Seiten Knöpfe hatte, an denen die Strümpfe befestigt werden konnten. Strumpfhosen gab es natürlich noch nicht. Aber die Kinder sollten dennoch im Winter warmgehalten werden. So befestigte man an den Strümpfen Knöpfe und ein Lochgummi, das am Leibchen eingehakt wurde. Sowohl Strümpfe wie Leibchen wurden übrigens in der Regel selbst hergestellt. Die Strümpfe wurden gestrickt, das Leibchen aus Leinen genäht oder aus festem Garn gehäkelt oder gestrickt.

Ebenfalls sehr zweckmäßig war die „Klappschale“, an die sich Wilhelm Wege aus Ebsdorfergrund erinnert. Das war eine Junghose mit Leibchen, bei der das Hinterteil mit Knöpfen verschlossen wurde – und bei Bedarf wohl auch geöffnet werden konnte. Ob es derlei Kleidung auch für Mädchen gab, ist nicht überliefert.

Fällt Ihnen noch ein schöner Name für besondere Kleidungsstücke im Dialekt ein? Dann schreiben Sie an die Oberhessische Presse, Stichwort „Mir schwätze Platt“, Franz-Tuczek-Weg 1, 35039 Marburg. Oder schicken eine E-Mail an online@op-marburg.de

Die Aids-Waisen von Kashani



Steuersünder: Bislang vier Selbstanzeigen aus dem Kreis

Eher geringer Rücklauf aus Marburg-Biedenkopf · SPD will Gesetzesänderung gegen „Privilegierung“

von Carina Becker

Marburg. Schon die Debatte über den Ankauf von CDs mit Daten von Steuerflüchtlern soll dem Fiskus rund 300 Millionen Euro einbringen.

Der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, sagte: „Es sind bundesweit rund 2 500 Selbstanzeigen eingegangen. Wenn man die ersten Proben nimmt, dann sind im Durchschnitt 100 000 Euro bis 150 000 Euro pro Selbstanzeige nachbezahlt worden. Das ist ein satter Millio-

nenbetrag, der jetzt schon in der Kasse ist.“ Wie viele zusätzliche Steuereinnahmen aus Marburg-Biedenkopf der Fiskus der Steuersünder-Debatte zu verdanken haben wird, ist noch unklar. Seither sind vier Selbstanzeigen aus dem Landkreis beim Finanzamt eingegangen. Das berichtete Manuela Kiwus, Pressesprecherin der Oberfinanzdirektion Frankfurt, auf Anfrage der OP.

Hessenweit gab es 330 Selbstanzeigen. „Normalerweise haben wir pro Jahr etwa 1 000 Selbstanzeigen. Nun gab es

zwar einen sprunghaften Anstieg, aber am Ende müssen es nicht unbedingt mehr Fälle sein als sonst auch“, erklärt Kiwus, die von einem Nord-Süd-Gefälle spricht: „Im Süden gibt es mehr Selbstanzeigen als im Norden.“

Die Selbstanzeigen aus Marburg-Biedenkopf werden in der Buß- und Strafsachenstelle in Wetzlar bearbeitet, weil nicht jedes Finanzamt eigene Sachbearbeiter dafür habe. Die Veranlagung erfolge dann wiederum im Finanzamt vor Ort. „Die Dauer der Bearbeitung hängt

von der Komplexität der Fälle ab“, sagt Kiwus. Die SPD will ab dem Jahr 2011 die Möglichkeit zur Selbstanzeige für Steuersünder abschaffen. „Das ist ein Zeichen der Privilegierung, das nicht mehr zeitgemäß ist“, sagte am Freitag der Finanzexperte und SPD-Fraktionsvize Joachim Poß. Im März werde seine Fraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen.

Anlässlich der laufenden Debatte erklärte die Steuerberaterkammer Hessen, wann ein Fall von Steuerhinterziehung vorliegt. Man spricht davon, wenn

jemand gegenüber den Finanzbehörden über so genannte steuerlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die Finanzbehörden pflichtwidrig in Unkenntnis lässt oder pflichtwidrig die Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstempeln unterlässt und dadurch Steuern verkürzt. Steuerhinterziehung kann Geldstrafen und auch Freiheitsstrafen zur Folge haben – letzteres bei Beträgen ab 50 000 Euro.

Internet: www.steuerstrafen.de

Fortsetzung im SPD-Zoff um Abweichlerin Tesch

Rauschenberger Ortsverein will Berufungsverhandlung in Berlin abwenden und lehnt Öffentlichkeit ab

Fortsetzung von Seite 1
von Carina Becker

Marburg. Manfred Barth, Bürgermeister von Rauschenberg, war am Freitag bereits auf dem Weg nach Berlin. Der Sprecher des Protests, der sich im SPD-Ortsverein Rauschenberg gegen die Abweichlerin Silke Tesch (Foto: Carina Becker) formiert hat, reist gemeinsam mit einer Delegation des Ortsvereins in die Bundeshauptstadt. Dort wird am Montagmorgen vor der Bundesschiedskommis-

sion erstmals über die Berufung diskutiert, die die Ex-Landtagsabgeordnete Tesch im November gegen den Schiedsspruch des SPD-Bezirks Hessen Nord einlegte. Die Bezirkskommission hatte eine frühere Parteistrafe, verhängt vom SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf, verschärft.

Aus Sicht der Rauschenberger Sozialdemokraten sind die Voraussetzungen für eine Berufungsverhandlung nicht gegeben. Sie verweisen auf das Parteistatut der SPD, demzufol-



ge eine Berufung nur zulässig ist, wenn auf Ausschluss aus der Partei, auf zeitweiliges Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft oder auf zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung aller Funktionen erkannt worden ist. Teschs Parteirechte ru-

hen zwar für die Dauer von 18 Monaten, jedoch behielt sie ihr Stimm- und Antragsrecht in der Mitgliederversammlung ihres Ortsvereins.

Am Montag wird die Bundesschiedskommision klären, ob Teschs Fall neu aufgerollt werden kann. Die Sozialdemokratin wollte sich am Freitag nicht zu der aktuellen Entwicklung äußern, weil das Verfahren noch läuft. Sie selbst wird nicht an der Verhandlung teilnehmen, da sie erkrankt ist. Vertreten wird sie von ihrem Rechtsbeistand Gün-

ther Metzger. Er reise ohne große Erwartungen nach Berlin, sagte Manfred Barth gegenüber der OP: „Erst muss geklärt werden, ob die Berufung zulässig ist. Falls ja, dann gibt es einen neuen Termin – und dann kann es noch ein Vierteljahr dauern.“

Nach Informationen der OP forderte Tesch eine Zulassung der Öffentlichkeit, sollte es zu einer Berufungsverhandlung kommen. Dem widersprach die Rauschenberger SPD mit Verweis auf die Schiedsordnung der Partei, die dies untersage.

MELDUNG

Wanderung auf Hugenotten-Spuren

Marburg. Unter der Federführung der Region Burgwald-Ederbergland haben mehrere Gruppen in Deutschland und Frankreich den neuen Kulturfernweg Hugenotten- und Waldenserpfad geplant. In der Karwoche werden Teile der Wegstrecke in Südfrankreich eingeweiht. Vom 28. März bis 4. April wird unter dem Motto „Exil und Toleranz“ ein Wander- und Kulturprogramm angeboten. Dazu gehören eine fünftägige Wanderwoche.

Weitere Infos im Internet unter www.hugenotten-waldenserpfad.eu sowie bei Gerhard Badoün, Telefon 0 64 25 / 15 17, oder Ralf Funk, Telefon 0 64 23 / 96 47 64.